

Die industrielle Gesundheitswirtschaft – Motor für Europas Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Innovationskraft der industriellen Gesundheitswirtschaft die globale Wettbewerbsfähigkeit einer Leitindustrie sichern.

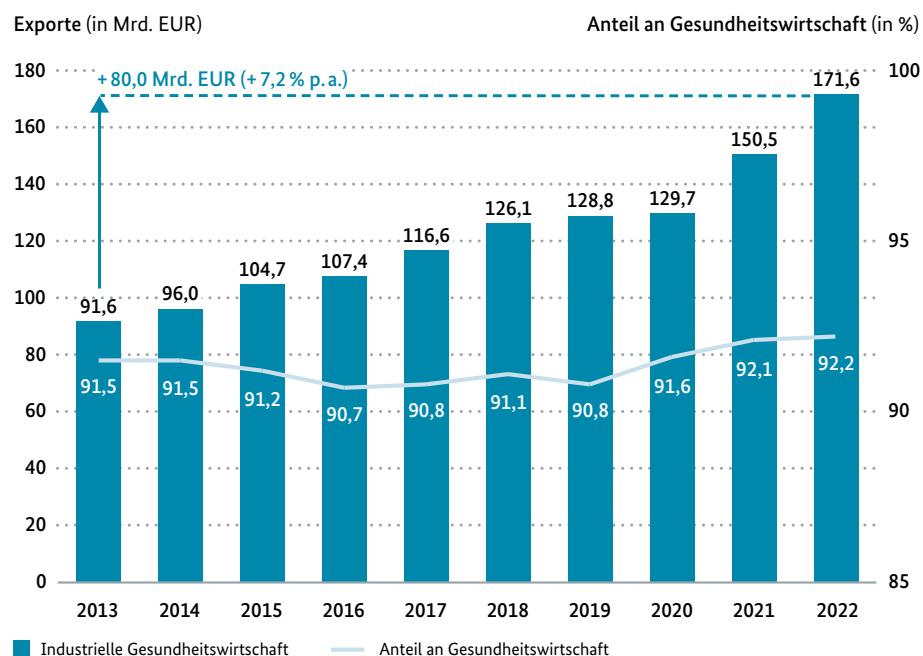
Ein Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Abstract:

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Motor für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Um diese zu sichern, sind fünf Maßnahmen erforderlich: Beschleunigte Digitalisierung, mehr unternehmerischer Freiraum, Förderung der Forschungstranslation, nachhaltige Finanzierung der Gesundheitssysteme und Abschluss von Freihandelsabkommen. Diese Maßnahmen müssen schnell umgesetzt werden, um die globale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Medizintechnik- und Arzneimittelindustrie zu erhalten und zu stärken.

Mehr als eine Million Menschen arbeiten in der industriellen Gesundheitswirtschaft – so viel wie in der Automobilindustrie. Insgesamt stützt der Jobmotor Gesundheitswirtschaft mit starker Tarifbindung, Sozialpartnerschaften und hohem Lohnniveau das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell. Das Exportvolumen erfuhr darüber hinaus seit 2013 fast eine Verdoppelung mit einem durchschnittlichen Wachstum von 7,2 Prozent pro Jahr.

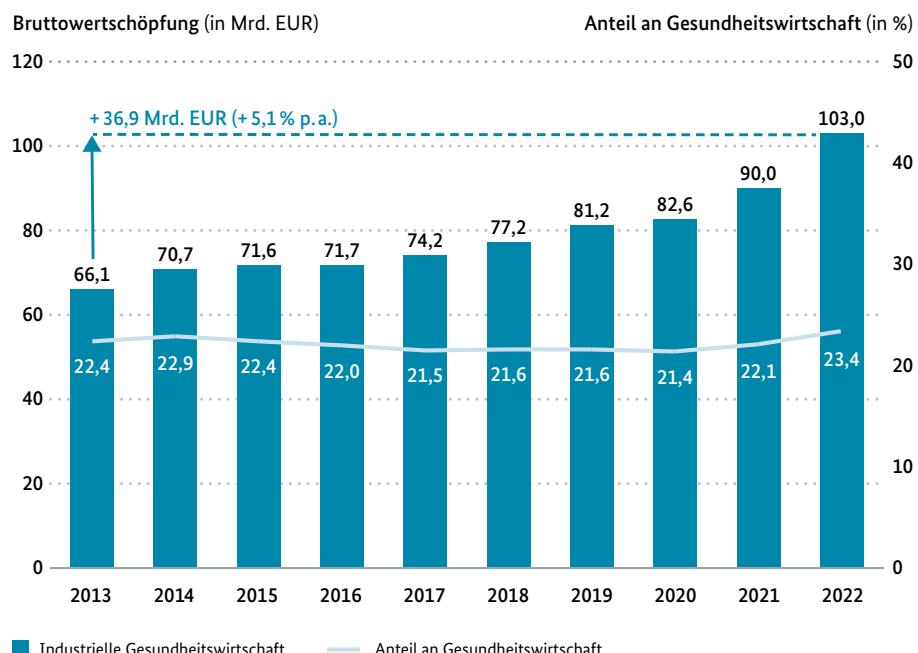
Im Jahr 2022 liegen die Exporte der industriellen Gesundheitswirtschaft rund 33 % über dem Vorkrisenniveau 2019



Betrachtungszeitraum 2013–2022; Werte in jeweiligen Preisen.
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK); Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung (GGR), Daten 2022; Berechnungen WiFOR

Die innovativen Unternehmen in der industriellen Gesundheitswirtschaft (iGW) konnten 2022 erstmalig ihre gesamte Bruttowertschöpfung auf über 100 Milliarden Euro steigern. Mit jedem Euro in der iGW entstehen 0,86 Euro zusätzliche Wertschöpfung in der Gesamtwirtschaft. Die iGW sichert Europas wirtschaftliche, industrielle, digitale und technologische Basis sowie ihre globale Wettbewerbsfähigkeit.

Industrielle Gesundheitswirtschaft überschreitet in 2022 erstmals die 100 Milliarden Euro Grenze



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK); Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung (GGR), Daten 2022; Berechnungen WifOR.

Durch Investitionen in grüne Technologien trägt die iGW darüber hinaus zu Europas Nachhaltigkeitsagenda bei. Durch rasch wachsende Mittelschichten in vielen Schwellenländern und die global spürbare demographische Entwicklung hin zu alternden Bevölkerungen ist die Industrie mit 12.500 Medizintechnikunternehmen und 360 Pharma- und Biotechnologieunternehmen Leitbranche der Zukunft.

Jedoch steht die exportorientierte deutsche Gesundheitswirtschaft unter Druck. Hohe Energie- und Logistikkosten, erschwerter Zugang zu Rohstoffen in Kombination mit nicht-tarifären Handelshemmnissen und Lokalisierungsanforderungen in Drittstaaten setzen den Unternehmen zu. Der Wettbewerb um eine strategische Industriepolitik, die unter anderem das Potential dieser Schlüsselindustrie zur Entfaltung bringt, hat mit dem Inflation Reduction Act der USA an Fahrt aufgenommen. Deutschland und Europa gefährden ihr Potential, Innovationen und Investitionen anzuziehen, um Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir müssen in Deutschland und Europa unsere Hausaufgaben machen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts global zu stärken. Wir brauchen eine kohärente Politik zur Ausgestaltung einer Industriestrategie, die das Ökosystem der iGW bei Forschung, Entwicklung und Herstellung in Europa stärkt, den Beitrag der iGW bei der Transformation der Wirtschaft anerkennt und einen verlässlichen Rahmen für Investitionen schafft.

Dafür gilt es nun die industriepolitischen Weichen zu stellen. Die Covid-19-Pandemie hat die hohe Relevanz einer innovativen und schnell reagierenden Gesundheitswirtschaft vor Ort verdeutlicht. Diese Relevanz gilt aber nicht nur in Krisenzeiten. Ein ressortübergreifender Dialog auf Augenhöhe zwischen Industrie und Politik ist daher wichtig für die Verständigung über gemeinsame Herausforderungen und die gemeinsame Arbeit an tragfähigen Lösungen.

Die Bedeutung lebensrettender Gesundheitsprodukte als zu schützende kritische Güter in einer von geopolitischen Spannungen geprägten Weltwirtschaft muss im Rahmen einer ressortübergreifenden industriepolitischen Gesundheitswirtschaftsstrategie mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden, um die sichere Versorgung von Patientinnen und Patienten in Deutschland und Europa mit lokaler Wertschöpfung zu ermöglichen und die globale Wettbewerbsfähigkeit dieser Leitbranche langfristig sicherzustellen.

Denn trotz Spitzentechnologie, einer hohen Qualität und der Produktionsexzellenz verlieren deutsche Gesundheitsprodukte zunehmend den Anschluss gegenüber internationalen Konkurrenten, die mit staatlichen Subventionsprogrammen unterstützt werden. Über Jahrzehnte war Europa und vor allem der deutsche Markt der Ort, an dem Standards gesetzt, Innovationen entwickelt und den hiesigen Patientinnen und Patienten dann auch sehr schnell zur Verfügung standen. Wenn wir morgen nicht nur noch die Standards anderer umsetzen wollen, braucht es diese fünf Maßnahmen, um die Exzellenz und Innovationskraft der industriellen Gesundheitswirtschaft auftragfähige Beine zu stellen und die deutsche Leitbranche der Zukunft aktiv zu gestalten:

1. Den Turbo bei der Digitalisierung zünden.

Die Verfügbarkeit, Aggregation und Austauschfähigkeit von nutzbaren Gesundheitsdaten stellt eine elementare Ressource für die Gesundheitswirtschaft dar. Mit dem Digitalgesetz und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz hat der Gesetzgeber zwei wichtige Gesetze beschlossen. Um Innovationen in Deutschland zu ermöglichen, ist der Zugang für die akademische Forschung zukünftig genauso möglich wie für forschende und entwickelnde Unternehmen. Ein klares und einheitliches Verständnis, was der Gesetzgeber unter gemeinwohlorientierten Forschungszwecken versteht und wem diejenigen Rechte des geistigen Eigentums zustehen, die aus der Nutzung dieser Daten im Rahmen der wissenschaftlichen bzw. industriellen Forschung entstehen, beugt Missverständnissen vor. Im Sinne der forschenden Unternehmen bedarf es an dieser Stelle einer schnellstmöglichen Klarstellung. Die Einführung von Opt-out-Regelungen, die es Patientinnen ermöglichen, nicht an der ePA teilzunehmen und bestimmte Forschungsgruppen wie die industrielle Gesundheitsforschung von der Nutzung ihrer Daten auszuschließen, ist für die Verbesserung der medizinischen Versorgung nicht hilfreich. Daher ist es von großer Bedeutung, Patienten umfassend darüber zu informieren, welchen Mehrwert die Weitergabe ihrer Daten an Unternehmen für die allgemeine medizinische Versorgung haben kann.

Mit Blick auf die europäische Gesetzgebung für einen Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) gilt es sicherzustellen, dass die künftigen Regelungen mit dem deutschen Gesundheitsdatennutzungsgesetz harmonieren. Konstruktionsfehler sowie widersprüchliche Regeln können ein - in Tendenzen bereits erkennbares - irreversibles Abkehren vom Standort Deutschland zur Folge haben. Durch Abkommen mit den USA, Israel und weiteren Staaten kann das Gesundheitsdatenrecht vereinheitlicht werden, sodass breite Gesundheitsräume entstehen und forschende Zugriff auf möglichst viele harmonisierte Datensätze haben, die den berechtigten Datenschutzbedürfnissen von Patientinnen und Patienten Rechnung tragen.

Um das Gesundheitswesen in Deutschland zu digitalisieren, muss nun der Turbo gezündet werden. Die industrielle Gesundheitswirtschaft muss auch auf der europäischen Ebene zukünftig einen ebenso umfangreichen Zugang zu Gesundheitsdaten haben wie die akademische Forschung und öffentliche (Forschungs-) Einrichtungen, um ihrer zentralen Rolle bei der Entwicklung und Fertigung innovativer Produkte gerecht werden zu können. Eine erfolgreiche Verarbeitung von gesundheitsbezogenen Daten zur Verbesserung und Effizienz der Versorgung ist nur möglich, wenn eine hohe Dateninformationsqualität vorliegt. Zukünftig sollten Anreize geschaffen werden, um sicherzustellen, dass auch nicht kommerziell orientierte Datenerheber die hohe Qualität ihrer Daten gewährleisten.

Zurzeit werden Gesundheitsdaten in Hunderten von unterschiedlichen proprietären Datenbanken und Plattformen von Unternehmen, Versorgern, Kassen und sonstigen öffentlichen Institutionen wie Universitäten gesammelt. Diese Datenquellen erlauben oft weder eine Aggregation noch einen Austausch von Daten. Dies führt zu einer signifikanten Verlangsamung von wissenschaftlichem Fortschritt und technologischer Entwicklung. Um den Austausch nachhaltig zu verbessern, müssen entsprechende Anreize und Mittel geschaffen werden.

Hier gilt es Chancen zu nutzen und das gigantische Potential zu heben. Das bedeutet unter anderem mehr Zeit für Ärztinnen mit Patienten, präzisere Behandlungsergebnisse und neue innovative, digital vernetzte Produkte, die für eine bessere Gesundheitsversorgung sorgen.

2. Wir brauchen wieder größeren unternehmerischen Freiraum in Deutschland und Europa.

Die Freiräume für Unternehmen und unternehmerisches Handeln müssen wieder größer werden. Es entstehen falsche Impulse, wenn das komplexe Steuer- und Verwaltungsrecht oder die Berichtspflichten und Nachweisregelungen weiter verkompliziert oder verschärft werden.

Überbordende regulatorische Anforderungen haben konkreten Einfluss auf unternehmerisches Handeln. Das zeigt das Abrutschen Deutschlands von Platz 2 (2016) auf Platz 8 (2023) bei von Pharmaunternehmen veranlassten klinischen Studien. Der Forschungs- und Entwicklungsstandort muss wieder attraktiver werden, indem klinische Prüfungen im Verfahren vereinfacht und beschleunigt, Zulassungsbehörden personell gestärkt und Kompetenzgerangel wie bei den Ethikkommissionen, den Datenschutzbehörden oder den Anforderungen beim Strahlenschutz durch klare und zentrale Ansprechpartner harmonisiert werden.

Der Blick aus der Umsetzungsperspektive muss bei der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben wieder verstärkt mitgedacht und wo überall möglich überflüssige Regulierungsanforderungen aufgehoben werden. Aufgrund Verfehlungen Einzelner werden Gesetze erlassen, die die große Mehrheit rechtschaffener Unternehmen in diesem Land zusätzlich belasten.

Gesetzliche Initiativen zum Bürokratieabbau zeigten bisher nur überschaubaren Erfolg. Bürokratieentlastungsgesetze müssen das unternehmerische Leben einfacher machen. Ohne Mut zum Risiko ist – analog zum Wirtschaften – kein Erfolg möglich. Die Entwicklung in der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass parallele Zulassungsverfahren, statt zeitlich nachgelagerte Prüfungsverfahren, ein wichtiges Entbürokratisierungsmittel sind, Forschung und Entwicklung zu beschleunigen und die Marktführung für deutsche und europäische Unternehmen zurück zu gewinnen.

Zudem muss dem Mangel an qualifiziertem Personal in der Pflege, Industrie und vielen weiteren Bereichen entgegengewirkt werden. Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung mit dem 2023 verabschiedeten Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie dem Heben inländischer Potentiale zeigt sinnvolle Prioritäten. Um dem Arbeitskräftebedarf zur Sicherung und Ausbau des wirtschaftlichen Wohlstands gerecht zu werden, müssen regulatorische Hindernisse massiv abgebaut werden. Auch hier wird es ohne Mut zum Risiko nicht substanzial vorangehen.

3. Den Standort Deutschland und Europa mit hohen Sozial-standards wertschätzen.

Im internationalen Vergleich hinkt die Forschungstranslation, also die Verknüpfung von medizinischer Grundlagenforschung in öffentlichen Forschungseinrichtungen und anwendungsorientierter Forschung, in Deutschland und Europa hinterher. Es mangelt nicht per se an finanziellen Mitteln für die Translation, sondern an den entsprechenden „Mindsets“ unter Forschenden und einer Förderung der kommerziellen Nutzung von Grundlagenforschung durch Universitätsverwaltungen in Form von Plänen und Prozessen.

Auch die Förderung von angewandter Forschung und Entwicklung (F&E) im Bereich der Medizintechnik durch die öffentliche Hand in Deutschland fällt im Vergleich zu anderen Ländern stark ab. Im Zeitraum von 2011 bis 2021 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beispielsweise nur 240 Mio. Euro für das Fachprogramm Medizintechnik bereitgestellt. Der Fokus lag dabei vor allem auf der Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Im Vergleich fördern nationale und regionale Regierungen und Verwaltungen in den USA und China die F&E-Aktivitäten im Medizintechnikbereich jedes Jahr mit Milliardenbeträgen. Die Corona-Pandemie hat zudem weitere Kürzungen bei der Förderung von F&E im Bereich der Medizintechnik, die sich nicht auf die Covid-Forschung beziehen, verursacht.

Ein Critical Medicines Act kann einer Produktionsverlagerung – vor allem im patentfreien Markt – nach Asien und Nordamerika entgegenwirken und Investitionen in weitere Produktionskapazitäten incentivieren; stellt allerdings keinen Ersatz für nötige Reformen im Preis- und Erstattungssystem der Mitgliedsstaaten dar. Bei hohen Arbeits- und Energiekosten, Umwelt- und Sozialstandards sowie hohen regulatorischen Anforderungen kann der Preis allein nicht das einzige Kriterium bei Ausschreibungen sein. Eine höhere Liefersicherheit, Tarifbindung oder die Umweltbilanz können als weitere Kriterien Berücksichtigung finden und gleichzeitig die Qualität von in Deutschland und Europa zur Verfügung stehenden Gesundheitsprodukten erhöhen. Hier muss der Fokus von einer Krisen- und Engpassbekämpfung, wie bei Antibiotika, hin zu einer aktiven Zukunftsplanung verlagert werden.

4. Eine nachhaltige Finanzierung europäischer Gesundheitssysteme gewährleisten.

Deutschland ist innerhalb Europas der wichtigste Markt der iGW, weltweit betrachtet der viertgrößte. Die Unternehmensstandorte stehen jedoch im internationalen Standortwettbewerb. Die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitssystemen ist für die langfristige Planbarkeit von Unternehmen ein Standortvorteil. Forschung, Entwicklung und Produktion von Medizintechnik und Arzneimitteln in Deutschland und Europa trägt zu einer sichereren Versorgung von Patientinnen und Patienten bei. In einem Ökosystem, in dem viele lokal produzierte Gesundheitsprodukte zu Preisen abgegeben werden, die nah am Herstellungspreis liegen, sind Zukunftsinvestitionen in die Erforschung neuer Wirkstoffe und Technologien oder in effizientere Produktionsverfahren nur in sehr geringem Umfang möglich. Kostendämpfungsmaßnahmen zu Lasten der Industrie – wie z.B. das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz in Deutschland in 2022 – gefährden Forschung und Innovation wie auch die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochwertigen Arzneimitteln und Medizinprodukten. Es braucht die Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.

5. Freihandelsabkommen zügig abschließen.

Um neue Wachstumsmärkte zu erschließen, bedarf es auch in Zukunft fairer und transparenter Marktzugänge, die durch entsprechende Freihandelsabkommen mit Drittländern abgesichert werden. Dabei sind regionale Freihandelskommen, wie sie die Europäische Union derzeit beispielsweise mit den Mercosur Staaten verhandelt, für die exportorientierte Gesundheitswirtschaft von besonderem Interesse. Solche Freihandelsabkommen erlauben die Entwicklung von Strategien für ganze Regionen, deren Märkte stärker integriert sind, wodurch die Attraktivität dieser Regionen, insbesondere auch im direkten Vergleich mit großen Einzelmärkten wie China, stark aufgewertet wird.

Wir brauchen mehr Tempo. Das Mercosur-Abkommen wird seit gut 20 Jahren verhandelt und ist immer noch nicht ratifiziert. Mit Indien wird (mit längerer Unterbrechung) seit 2006 verhandelt. Vergleichsweise schnell ging es zwischen der EU und Vietnam: zwischen Verhandlungsbeginn und Inkrafttreten des Abkommens lagen acht Jahre (2012-2020). Um Freihandelsabkommen schnell und erfolgreich abzuschließen, ist es notwendig, eine bessere Balance zwischen wirtschaftlichen Zielen und dem Transfer europäischer Werte und Nachhaltigkeitsüberzeugungen zu finden.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer
Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg
unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der
SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer:
R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und
unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorothéenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660
Fax +49 (0)30 400 40 666
E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de
Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover
März 2024